

Auf Draht

Kolleginnen und Kollegen, Einigkeit ist unsere Stärke!

Herausgeber: DKP München und Gruppe KAZ

17. September 2024

IG Metall München ist gegen ver.di-Kundgebung	2
Verarmung durch Aufrüstung	4
Brandanschlag auf Palästina-Camp	5
Sag Nein zur Hetze gegen Flüchtlinge	7
München im Sommer 2024	8



VW-Belegschaft wehrt sich gegen geplante Standortschließungen, dadurch drohende Kündigungen und Lohnkürzungen

Munich Re-Chef: Weg mit dem Kündigungsschutz!

Die Wirtschaft läuft nicht so, wie sich die Herren des großen Kapitals das wünschen. Sie verlieren an Weltmarktanteilen, der Absatz stockt, das stetige Wachstum des Profits ist gefährdet. Die „Wettbewerbsfähigkeit“ Deutschlands müsse wieder hergestellt werden, da sind sich die Kapitalvertreter einig. Das heißt BMW, Siemens, BASF und Co. wollen der Konkurrenz aus anderen Ländern wieder Absatzmärkte abjagen. Bluten sollen dafür die Arbeiter. Und so blasen die Herren Kapitalvertreter zum großen Halali auf die Arbeiterrechte.

So forderte kürzlich Joachim Wenning, Vorstandsvorsitzender der Münchner Rückversicherung Munich Re auf der Hauptversammlung, die Deutschen müssten endlich wieder mehr arbeiten. In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung

(14./15. August 2024) kleidet der Munich Re-Chef seine dreisten Angriffe in Fragen. „Warum wird beispielsweise nicht die gesetzliche Höchstarbeitsdauer von täglich 10 Stunden für nicht Leitende gestrichen? Warum werden nicht einfach ein paar Feiertage gestrichen?“

Und, so fragt der Herr weiter, „warum sollen die Deutschen nicht später in Rente gehen?“ Vor allem alle Regelungen, die es Arbeitern noch möglich machen, etwas früher in Rente zu gehen, findet er völlig überflüssig. Möglichst rund um die Uhr schuften zur Mehrung des Kapitals und das ein Leben lang, so stellt sich Wenning das wohl vor.

Doch weil seiner Meinung nach mit Altersteilzeitregelungen für die Personalchefs auch die Möglichkeit wegfällt, sich

„elegant und lautlos von weniger gut oder produktiv arbeitenden Mitarbeitern vorzeitig zu trennen“, schiebt er gleich die nächste Frage nach:

„Wozu brauchen wir eigentlich bei nicht vorhandener Arbeitslosigkeit noch den Kündigungsschutz von vor 50 Jahren?“

Kampfansage

Geht es nach dem Chef von Munich Re sollen die Kapitalisten also alle auf die Straße werfen können, die nach vielen Jahrzehnten Lohnarbeit mit über 10-Stunden-Tagen nicht mehr ganz so produktiv sind. Oder aber auch diejenigen, die sich nicht alles gefallen lassen.

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

Munich Re-Chef: Weg mit dem Kündigungsschutz!

Wenning ist nicht Chef irgendeiner Klitsche, sondern eines der größten Versicherungskonzerne weltweit. In dessen Aufsichtsrat sitzen z. B. auch der Vorstandsvorsitzende von Siemens, ein Vorstandsmitglied von Daimler, eines von E.ON, der Aufsichtsratsvorsitzende der Commerzbank. Man sollte es also ernst nehmen, wenn dieser Herr die über viele Jahrzehnte des Kampfes errungenen Arbeiterrechte schleifen will.

Es ist eine Kampfansage an die Gewerkschaften, an jeden Arbeiter. Rüsten wir uns für den Widerstand. Dazu ist es nützlich, ein paar Gegenfragen zu stellen: Wer produziert denn alle notwendigen Dinge, von Lebensmitteln über Häuser bis Maschinen? Wozu brauchen wir dann eigentlich diese überflüssige Kapitalistenklasse? ■gr



Der Kampf um die Beschränkung des Arbeitstages ist so alt wie die Arbeiterbewegung.

Neues von BMW

E-Autos liegen wie Blei in den Regalen. In der BMW-Chefetage wird der Ruf nach mehr Kaufanreizen laut. Vorschläge unter anderem: eine eigene Spur für Strommobile auf Autobahnen, bevorzugten Zugang zu Innenstädten, kostenlose Parkmöglichkeiten.

Geht's noch?

Dümmer geht immer. Der Superkicker Mbappé wechselte nach der EM zu Real Madrid. BMW ist Sponsor des Millionärsklubs. Zum Einstand erhielt Mbappé einen BMW i7 M70 X-Drive.

Die Büchse hat 660 PS und kostet 240.000 Euro. Sie muss aber in der Garage bleiben.

Was die BMW-Manager verschuselten: Ihr Fussballstar hat gar keinen Führerschein.



Für 7 % mehr Lohn! 5.000 Metalller marschierten am 11. September vom Königsplatz zur bayerischen Kapitalistenzentrale (VBM) in der Max-Joseph-Str.

IG Metall München ist gegen ver.di-Kundgebung!

„Soziales rauf – Rüstung runter“ – für diese ver.di-Kundgebung am 12. Oktober warb ein Kollege auf der Delegiertenversammlung der IG Metall München im Juni. Er stellte den Antrag, dass auch die IG Metall zu dieser Kundgebung aufruft. Seine Begründung war, Milliarden müssten her, so wie für die Rüstung. 600 Milliarden Euro seien nötig, um die öffentliche

Daseinsvorsorge zu sichern. Das bedachten die 150 Delegierten noch mit Beifall. Sie vertreten immerhin 45.000 Münchner Metalller.

Die IG Metall fordert von der Bundesregierung Investitionen von 600 Milliarden, also nichts Neues für die Delegierten. In der Debatte zum Antrag war dann Erstaun-

liches zu hören. Mehrere Redner – Betriebsräte aus Rüstungsbetrieben wie Airbus, KMW u. a – stießen sich an dem Teil der Losung „Rüstung runter.“ Ein Delegierter erklärte, er würde zu der Kundgebung kommen, ist aber „gegen die Überschrift.“

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 3 ►

► Fortsetzung von Seite 2

IG Metall München ist gegen ver.di-Kundgebung!

Die Abstimmung ergab, dass nur 11 Kollegen für den Antrag waren, weitere 11 enthielten sich. Wenn die Delegierten aus

den Rüstungsbetrieben dagegen stimmen, haben sie die Sicherung „ihrer“ Arbeitsplätze im Kopf. Was zumindest kleinkariert ist

angesichts einer Weltlage, die den 3. Weltkrieg in sich trägt.

BMW und MAN, die größten Metallbetriebe in München, stellen die Mehrzahl der Delegierten. Wie können diese gegen eine Kundgebung der zweitgrößten DGB-Gewerkschaft sein? Die dafür wirbt, Milliarden für Soziales statt für Rüstung auszugeben! Sind diese Delegierten auch schon der dumpfen Losung Die-Ukraine-darf-den-Krieg-nicht-verlieren verfallen?

Kolleginnen und Kollegen bei BMW und MAN, fragt eure Delegierten, wie sie abgestimmt haben, wie sie zur Aufrüstung stehen! So geht innergewerkschaftliche Demokratie! ■krm

(Siehe auch „Protestaktion im Gewerkschaftshaus“)

ver.di München aktiv

ver di m GEW

SOZIALESrauf – RÜSTUNGrunter
Für Frieden, Klimaschutz und Milliardeninvestitionen
in ein gutes Leben für alle – statt Hochrüstung,
Militarisierung und soziale Spaltung
Superreiche zur Kasse – Stoppt den Rechtsruck!

Demonstration und Kundgebung
am Samstag, 12. Oktober 2024, München
Nähere Infos folgen – u.a.: muenchen.verdi.de

Kommt alle! 14 Uhr, Odeonsplatz

Protestaktion im Gewerkschaftshaus

Das passiert nicht alle Tage im Gewerkschaftshaus Ingolstadt. Eine Handvoll Kollegen ging rein und geradewegs zum Ersten Bevollmächtigten der IGM Ingolstadt. Sie erklärten, Gewerkschafter zu sein, Namen und Betrieb nannten sie nicht. Vom Vorsitzenden verlangten sie eine Erklärung, warum die IG Metall die 20 „Eurofighter“ befürworte, die im Airbuswerk Manching hergestellt werden sollen.

Eine schriftliche Erklärung, den Kampf gegen den Krieg aufzunehmen, lehnten der Vorsitzende und die inzwischen dazugekommenen Funktionäre, u. a. von Ver.di, ab. Die angesprochenen Hauptamtlichen zogen sich auf den Standpunkt zurück, die

„innergewerkschaftliche Demokratie“ müsse eingehalten werden. Die Arbeitsplätze bei Airbus müssten erhalten bleiben.

Nach vier Stunden verließen die Kollegen das Gewerkschaftshaus. Nicht ohne vorher die Funktionäre aufzufordern, in „ihren Gremien“ die Arbeiter gegen den Krieg zu mobilisieren. Die Zeitung „junge Welt“ vom 27. Juli 2024 zitiert die Kriegsgegner: „Wir werden das kontrollieren ... und dann weitere Taten folgen lassen.“ Ein „Protestschreiben“ mit den entsprechenden Forderungen liegt der Auf-Draht-Redaktion vor.

Eine Aktion, die wohl aus der Verzweiflung ungeduldiger, unerfahrener Gewerkschafter und Kriegsgegner kommt über die Einbindung der organisierten Arbeiter in den Kriegskurs von Kapital und Regierung. Derzeit sieht es so aus, dass große Teile der Arbeiterklasse der Aufrüstung unkritisch gegenüberstehen. Das ist ein Ergebnis davon, dass der Zweite Vorsitzende der IG Metall, Kerner, demagogisch wirbt: „Ausrüstung statt Aufrüstung“ der Bundeswehr, was sicher keinen Stopp der Produktion von Kriegswaffen bedeutet. Folgerichtig dann die Vereinbarung zwischen IG Metall und dem Bundesverband der deutschen Sicherheits- und Verteidigungsindustrie (BDSV) von Februar 2024. Sie öffnet der Kriegsproduktion alle Schleusen.

Den Funktionären im Gewerkschaftshaus Ingolstadt, die die innergewerkschaftliche Demokratie vor sich hertragen, ist die Frage zu stellen: Wer hat euch beauftragt, als von uns bezahlte Gewerkschaftsfunktionäre die „Eurofighter“ zu befürworten? ■krm

Aus dem Leitantrag, beschlossen am Gewerkschaftstag der IG Metall im Oktober 2023:

Unter der Überschrift „Für eine verantwortungsvolle Politik für Frieden und Sicherheit“ wird hierbei SPD-Kanzler Scholz ein Zukunftsgeschenk gemacht. Eingepackt in die Aussage: „Wir lehnen Krieg als Mittel der Politik entschieden ab“ heißt es bezogen auf „glaubhafte und wirksame Sicherheitsgarantien für die Ukraine“ zwei Absätze danach: „Waffenexporte sind restriktiv und transparent zu handhaben.“ Mit diesem etwas hinterfotzig eingeflochtenen Satz hat der Gewerkschaftstag die bisherige IG-Metall-Beschlusslage „Keine Waffenexporte in Krisengebiete und an kriegführende Staaten“ ausgehebelt. Der Ampel-Regierung ist damit signalisiert, dass sie mit ihrer Politik auch auf die IG Metall-Führung zählen kann.

(Auf Draht vom 5. Dezember 2023)

Auf Draht befragte zu dem Vorfall am 25. Juli einen Betriebsrat und IG Metall-Delegierten aus Ingolstadt. Er erklärte:

„Die Aktion ist falsch, weil sie an den Kolleginnen und Kollegen vorbei geht. So bekommen wir unsere Metaller nicht hinter die Forderungen gegen den Krieg. Wir können und müssen in unseren gewerkschaftlichen Gremien um die richtige Position ringen und mit den Kolleginnen und Kollegen das Gespräch suchen.“

IG Metall nicht gegen Waffenlieferungen an die Ukraine?

In der Metallzeitung 9/10 2024 heißt es auf Seite 22 unter der Überschrift Antikriegstag „Drei Fragen an Thomas Würdinger, verantwortlich für Grundsatzfragen beim Vorstand der IG Metall.“

Nachstehend Frage 1: „Weltweit eskaliert die militärische Gewalt. Was ist die Antwort der Gewerkschaften?“

Kollege Würdinger stellt dazu fest: „Wir treten für das humanitäre Völkerrecht ein, für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Frieden, Selbstbestimmung und soziale

Gerechtigkeit, gegen jede Form von Rassismus, Antisemitismus und Muslimfeindlichkeit. Das kann nicht immer frei von Widersprüchen sein. So haben wir uns nicht gegen Waffenlieferungen an die Ukraine ausgesprochen – setzen aber auf Diplomatie.“

Offensichtlich hat die Aufzählung der obigen Litanei bei Würdinger etwas Verwirrung und Widersprüche bei gewerkschaftlichen Grundsatzfragen im Kopf ausgelöst. Waffenlieferungen unterstützen heißt Krieg, heißt ihn verlängern und damit

die Interessen der Rüstungskonzerne und von Kapital und Regierung unterstützen. Mit der Vertretung der Interessen der großen Mehrheit der abhängig Beschäftigten und konsequenter Friedenspolitik hat das nichts zu tun.

Abrüsten statt Aufrüsten und Gewerkschaften für Frieden und gegen den Krieg waren Losungen bei vielen von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern veranstalteten Demonstrationen und Kundgebungen am 1. September, dem Antikriegstag. ■ Lu



„Nie wieder Faschismus und Krieg“.

Etliche hundert Gewerkschafter und Friedensfreunde kamen am 1. September auf den Königsplatz zur Antikriegstags-Kundgebung von ver.di München und dem Münchner Friedensbündnis und unterstützten so die Forderungen der Veranstaltung: „Recht auf Asyl“, „Soziales rauf, Rüstung runter“, „Militär raus aus Schulen, Unis & Betrieb“, „Kein Platz für Faschisten!“

Verarmung durch Aufrüstung: IG Metall aufwachen!

Friedenskanzler“ Scholz, SPD, Erfinder der 100 Milliarden-Rüstungs-Zeitenwende, wird von den Kriegstreibern zu immer mehr Rüstungsausgaben getrieben. Wieder einmal geht die SPD in die Knie vor Angst, als „vaterlandslose Gesellen“ gebrandmarkt zu werden. Bei Kaiser Wilhelm ging es um Milliarden für die Kriegsflotte gegen England, das Deutschland

Kolonien in Afrika streitig machte. Heute geht es um Milliarden gegen Russland, das verhindern will, dass die Ukraine zu einem Aufmarschgebiet der NATO wird.

Scholz muss gleichzeitig Friedenskanzler sein, sagt sein SPD-Fraktionschef Mützenich, weil die SPD sonst bei den Wahlen untergeht. Scholz hat deshalb auch Ein-

schnitte bei Sozialleistungen wegen der Haushaltskrise ausgeschlossen.

Auch hier trickst Scholz wieder. Die Leistungskürzungen werden in „Reformen“ versteckt, von Hartz bis Lauterbach und die Beiträge steigen laut Handelsblatt

Lesen Sie bitte weiter auf Seite 5 ■

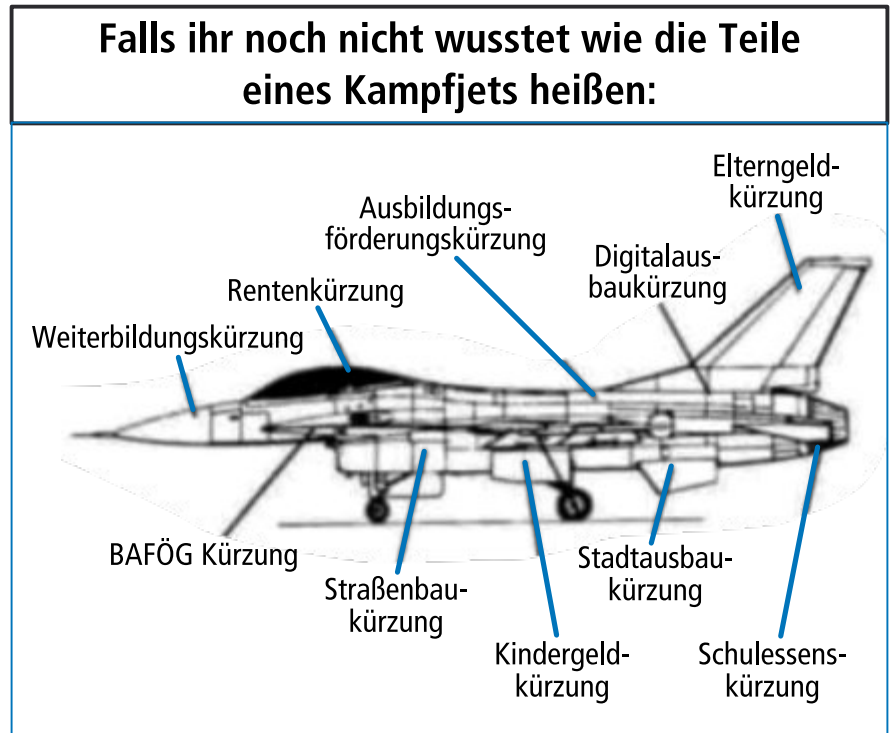
Fortsetzung von Seite 4

Verarmung durch Aufrüstung: IG Metall aufwachen!

vom 26.07.2024 bis 2035 auf 48,6 Prozent! Die Beiträge müssen auch deshalb steigen, weil, neuester Trick, Lohnzuschläge etwa für Überstunden, beitragsfrei werden sollen, das heißt, weniger Einnahmen für die Sozialkassen.

DGB-Vorstandsmitglied Anja Piel fordert deshalb, den Beitragsdruck nicht zu erhöhen: „Wirtschaftsförderung zulasten der Sozialkassen und Beitragszahlenden ist eine zutiefst ungerechte Umverteilung von unten nach oben!“ Das gilt auch für die Förderung der Rüstungsindustrie, oder?

Unser Vorschlag an Kollegin Piel: Appell auch an die IG Metall, besonders den 2. Vorsitzenden Jürgen Kerner: Er soll statt Werbung für noch mehr Rüstungsmilliarden entsprechend der DGB-Satzung für Abrüstung eintreten. In Paragraph 2, Grundsätze, Ziele und Aufgaben, heißt es doch: „(...) treten für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein.“ ■ Stefan Müller



aus der 1. Mai-Zeitung 2024 von Kollegen der Münchner Verkehrsgesellschaft (MVG) bei den Stadtwerken München.

„Das gab es noch nie, jedenfalls nicht so“, ...

...schrieb die Tageszeitung „junge Welt“ begeistert: Massenprotest zum Bundesliga-Auftakt im Stadion des BVB: Die „gelbe Wand“ protestiert geschlossen gegen den Sponsorendeal der BVB-Chefs mit dem Rüstungskonzern Rheinmetall.

Im Stadion eine „Choreo“ mit großen Bannern: „Wir lassen uns nicht vor euren Panzer spannen“, „Waffen und Glücksspiel – BVB übernimmt Verantwortung“, „20 Millionen Euro voll mit Blut“, „Borussia verbindet, Rheinmetall tötet“ und „Scheiß Rheinmetall-Deal!“ war zu lesen. Die „Partnerschaft“ mit Rheinmetall umfasst laut BVB die Nutzung von Werbeflächen, Vermarktungsrechte sowie „Event- und Hospitality-Angebote“ im Stadion und auf dem Vereinsgelände. Der Verein hat sich zwar einen „Grundwertekodex“ gegeben, der sich gegen Gewalt positioniert. Den sieht BVB-Chef Hans-Joachim Watzke überhaupt nicht in Frage gestellt. Sicherheit und Verteidigung seien nun mal Eckpfeiler der Demokratie. „Deshalb halten wir es für die richtige Entscheidung, uns sehr intensiv damit zu beschäftigen, wie wir diese Eckpfeiler schützen.“

■ (aus UZ vom 30. August 2024)



Liebe BVB-Fans: Eure Choreo im Stadion ist gut – und schön ist sie auch! Sie

muss auf die Straße. Packt eure Banner ein – und dann auf zur nächsten Friedensdemo.

Brandanschlag auf Palästina-Camp!

In der Nacht vom 2. August begoss ein 26-jähriger Deutscher mit Wohnsitz in München Teile des Palästina-Solidaritäts-Camps mit Brandbeschleuniger und zündete sie an. Er nahm in Kauf, dass die Menschen in den Zelten verletzt werden oder verbrennen. Dieser Mann ist kein Verrückter! Er ist ein Produkt der Hetze von Politikern und Medien gegen die Palästina-Solidarität.

Insbesondere die Münchner Stadtpolitik tut sich unrühmlich hervor. Denn die Münchner Stadtregierung aus SPD und Grünen behindert über ihre Kompetenzen hinaus mit Sprech- und Versammlungsverboten das per Grundgesetz verbriefte Recht auf Meinungsfreiheit. Unter dem Vorwand des Generalverdachts des Antisemitismus wurden Verbote von Veranstaltungen und Demonstrationen ausgesprochen, die allesamt von den Gerichten aufgehoben wurden.

Maul halten und kuschen

Die Bayerische Regierung steht der Münchner Rathausmehrheit in nichts

nach. Im Gegenteil. Die Bayerische Regierung plant sogar die Exmatrikulation unbequemer Studierender, also den politisch motivierten Rausschmiss von der Uni. Maul halten und kuschen – das ist die bayerische Devise!

Die progressiven Kräfte in diesem Land sollen mundtot gemacht werden, um die Herrschenden nicht in ihren Kriegsvorbereitungen zu stören. Aufrüstung, Kriegsvorbereitung, reaktionärer Umbau des Staates, Sozialabbau – damit dies ohne Störung vonstattengeht, werden unsere demokratischen Rechte eingeschränkt. Umso schlimmer ist es, dass Koalitionen aus SPD und Grünen diese reaktionäre Drecksarbeit ausführen – auf Bundesebe-



Auf dem Schild steht: Hier ereignete sich in der Nacht zum 02.08.24 ein / terroristischer Brandanschlag / Gaza brennt seit Oktober / wir lassen uns nicht / einschüchtern

ne, auf Landesebene und in den Städten und Gemeinden. Wer für ein souveränes, unabhängiges und freies Palästina eintritt, ist nicht gleich Hamas-Terrorist. Diese unsägliche Hetze muss aufhören! ■AC

Sagt Nein zur Hetze gegen Flüchtlinge!

Es ist unerträglich. Da wird eine Hetzkampagne gegen Flüchtlinge nach der anderen durchs Land gejagt mit dem Argument, so könne man die AfD mit ihrer rassistischen Hetze gegen Flüchtlinge stoppen. Es sei die „verfehlte Flüchtlingspolitik“ der aktuellen und Vorgängerregierung, die der AfD so viele Stimmen beschere, so tönen Söder, Aiwanger, Merz. Es drohe ein „Kontrollverlust“ warnt Söder, als stünde dieses Land kurz davor, im Chaos zu versinken aufgrund der Flüchtlinge. „Manche wüssten kaum mehr, ob das noch ihr Land sei oder in welchem Land sie lebten“ hetzt er weiter, obwohl er doch seine größte Anhängerschaft in Gegenden hat, wo die Anzahl der Menschen aus anderen Ländern höchst überschaubar ist. Dem Asylrecht will er endgültig den Todesstoß versetzen. Deutschland solle entscheiden „wer in unser Land kommt“, also keiner mehr ein Recht auf Asyl und Schutz haben.

Weil der Attentäter in Solingen syrischer Herkunft ist, stellt CDU-Merz alle Syrer unter Generalverdacht. Syrer und Afghanen sollten grundsätzlich an den Grenzen abgewiesen werden, so seine Forderung. Sein CDU-Kollege, der hessische Ministerpräsident Rhein will gleich einen Aufnahmestopp aus allen „Terrorregionen“, obwohl doch klar ist, dass viele gerade vor dem Terror z. B. des Islamischen Staates

(IS) und ähnlicher Organisationen hierher geflohen sind und immer noch fliehen.

Und die Regierung? Zieht weiter nach. Abschiebungen im großen Stil auch in Länder, in die bisher nicht abgeschoben werden darf, werden verkündet, ebenso die Streichung der Unterstützungsleistungen für Schutzsuchende, die über andere EU-Staaten nach Deutschland gekommen sind usw. All dies wird tagtäglich über die Medien transportiert. Kommentare, die diese Hetze ohne Wenn und Aber verurteilen, sind auch dort kaum noch zu finden.

Mach meinen Kumpel nicht an!

So wird ein Klima des Misstrauens und der Feindseligkeit gegenüber Menschen anderer Nationalität geschürt, oft unsere Nachbarn oder Kollegen. Geflüchtete werden zu Sündenböcken erklärt, die man für alle Missstände und Ungerechtigkeiten in diesem Land verantwortlich machen kann. Und mit denen man alles machen kann: Einsperren, Abschieben auch in Folterstaaten, Unterstützungsgelder streichen und sonstige Schikanen, an den Grenzen zurückweisen. So wird nicht nur die bürgerliche Demokratie restlos zerfleddert, die man doch vorgibt, retten zu wollen. So wird Wegschauen und Mitleidlosigkeit bei den Deutschen eintrainiert. Wir sollten



uns erinnern: Solche Eigenschaften wurden schon einmal im Volk hochgezüchtet, um gegen die Welt einen grausamen Krieg führen zu können. Die AfD wird durch all das logischerweise nicht gestoppt, wie die Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen erneut gezeigt haben. Sie und andere Faschisten und Rassisten blühen auf in diesem Klima.

In den 1980er Jahren startete die Gewerkschaftsjugend Aktionen gegen rassistische Hetze unter der Losung: Mach meinen Kumpel nicht an! Die gelbe Hand klebte in den Betrieben, wurde bei Demos auf die Straße getragen. Es ist höchste Zeit sie wieder aufzunehmen. Es ist notwendiger denn je. ■gr

Leserbrief zur **Auf Draht** vom 22.7.2024, Thema: Dialog-Post von der Bundeswehr.
Wir danken für den Hinweis.
(DFG-VK: Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen)

Widerspruch!

Es hilft doch nicht, nur darüber zu jammern, dass Behörden die Daten von Jugendlichen nach §58c SG an die Bundeswehr weitergeben. Was ist von einem kapitalistischen Kriegstreiberstaat anderes zu erwarten? Rechtsstaatliche Prinzipien verteidigen wir dadurch, dass wir die vorhandenen Möglichkeiten wahrnehmen. Alle Betroffenen können der Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr aktiv widersprechen. Dazu gibt es von der DFG-VK ein Flugblatt:

<https://shop.dfg-vk.de/?product=flyer-widerspruch>

Das gilt es auch in München massenhaft zu verbreiten, damit möglichst viele Jugendliche ihr Recht wahrnehmen, gegen die Weitergabe ihrer Daten an die Bundeswehr rechtswirksam zu widersprechen.

Ralf Cüppers

(Leserbrief per Mail, mit Bitte um Veröffentlichung)

Meine Daten sind nichts für die Bundeswehr!



Widerspruch!



Anzeige

August 2024 Ausgabe 388



„Verbieten wollen sie...“

außerdem:

„Reserven der Bourgeoisie – die Karten werden neu gemischt“

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
Postfach 210446, 90122 Nürnberg
gruppeKAZ@kaz-online.de; www.kaz-online.de

Hier könnte Dein Leserbrief stehen!

Immer wieder werden unsere Auf Draht-Verteiler von Kollegen angesprochen, so: „Is' ja gut, dass ihr hier steht ... aber da drinnen (deutet aufs Werk, z.B. BMW) ändert sich nie was.“ Sie sind unzufrieden mit den Arbeitsbedingungen und allem, was damit zusammenhängt. Es bleibt nie viel Zeit für ein längeres Gespräch. Das Drehkreuz wartet.

Kolleginnen und Kollegen, wenn Ihr was loswerden wollt, schickt uns ein kurzes Mail. Das können wir in der Auf Draht veröffentlichen – natürlich ohne Namensnennung. Das wird sicher auch andere Beschäftigte interessieren!

Schreibt an: auf.draht@gmx.de

Ist das die Zukunft – Mülleimer durchsuchen?



Freitags und samstags steht die DKP München des Öfteren vor der Tela-Post in Giesing. Wir verteilen unsere Zeitung, die UZ, führen viele Gespräche über die Dinge, die die Giesinger bedrücken: die Kriege in der Welt, die Aufrüstung in Deutschland und vor allem über die soziale Lage, die sich so massiv verschlechtert hat.

Wie schlecht diese geworden ist, zeigt ein Mülleimer, der in der Nähe unseres Infostands steht: Innerhalb der drei Stunden, in der wir vor Ort waren, haben fünf Giesinger den Mülleimer nach Pfandflaschen durchsucht. Ein trauriger Rekord!

Ich will

- die **Auf Draht** gerne regelmäßig bekommen – bitte schickt mir immer die neue Ausgabe!
- die **DKP** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!
- die **Gruppe KAZ** kennen lernen – bitte schickt mir Informationsmaterial!

eMail: auf.draht@gmx.de
gruppeKAZ@kaz-online.de
www.dkp-bayern.de
www.kaz-online.de

Vorname und Name

Telefon

Straße, Postleitzahl und Wohnort

eMail

Bitte senden an: **Auf Draht** • c/o Jörg Högemann • Kellerstr. 28 • 81667 München

Gruppenabend der DKP München:
jeden Mittwoch 19 Uhr
Sprechstunde der DKP München:
jeden Freitag 10 – 12 Uhr
Schwanthalerhöhe, Holzapfelstr. 3
80339 München

München im Sommer 2024

Mit der Nutzung von städtischem Grund werden Millionäre noch reicher.
Das Gastgewerbe profitiert am meisten. Schulen muss dagegen Geld gestrichen werden.
Die bayerische Staatsregierung will das so.

Die tollen Konzerte haben dem Gastgewerbe viele Millionen beschert. Der zeitweilige Wohnsitz von Sängerin Adele in München bei einem weltweit führenden Hotelkonzern war nur der Beherbergungshöhepunkt. Außer der schwerreichen Hongkonger Familie, die dieses Hotel betreibt, haben auch ziemlich alle anderen Beherbergungsbetriebe gut verdient.

Die Stadt München bemüht sich deshalb, dass von dem vielen Geld auch ein wenig für die Versorgung der Bevölkerung hängen bleibt. Schließlich wird mit dem Messegelände, der Theresienwiese und dem Olympiapark ja öffentliches Eigentum zur Verfügung gestellt, ohne welches die ganzen Events überhaupt nicht möglich wären.

Öffentlicher Grund ist Grundlage für...

Damit die Nutznießer auch für die Stadt etwas beisteuern, hat der Stadtrat im März 2023 beschlossen, dass Hotels vom Übernachtungspreis (ohne Frühstück) der erwachsenen Geschäfts- oder Privatreisenden fünf Prozent an das Stadtsäckel abführen, genannt „Bettensteuer“. Jenseits der bayerischen Grenzen und weltweit ist dies so oder ähnlich gang und gäbe.

Die bayerische Staatsregierung aber hat dies für Bayern sofort verboten. Das dafür extra geänderte „Kommunalabgabengesetz“ sollte „von vornherein und grundsätzlich“ diese Einnahmequelle für Kommunen verbieten. Das hatte der CSU-Staatskanzleichef schon vorher angekündigt. Vorausgegangen war ein Trommelfeuer der Tourismuslobby: „Eine zusätzliche Steuer verteuert Übernachtungen, verschreckt Gäste und zerstört die Wettbewerbsfähigkeit der Betriebe“, sagte der Geschäftsführer des Hotel- und Gaststättenverbandes in Bayern (SZ 24.5.2023). Die Präsidentin des Verbandes hatte sich gar zur dümmlichen Behauptung verstiegen, dies sei eine „Strafsteuer auf Gastfreundschaft“. (Süddeutsche Zeitung Plus vom 4.12.2022)

...über eine halbe Milliarde Geld-segen...

Den Hauptanteil kassierte das Beherbergungsgewerbe, ein Zuwachs von fast 50%. Das hatte eine Verdoppelung (!) der Erlöse zur Folge (SZ 28.8.2024). Im Vergleich



dazu sind die 50 bis 60 Millionen, die eine Bettensteuer für die Stadtkasse gebracht hätte, fast Krümel. Allerdings ist es gerade dieselbe Summe, die dem Münchner Bildungsreferat dieses Jahr fehlt. Das Bildungsreferat als „Sachaufwandsträger“ ist für die Ausstattung der 360 öffentlichen Schulen in München zuständig, auch der staatlichen! Die Kürzungen, die den Schu-

len mitgeteilt wurden, haben zu teils dramatischen Situationen geführt, vom Druckertoner bis Klassenfahrten steht vieles auf der Kippe.

...aber nicht mal Krümel für Bildung.

Die allseits akzeptierte und deutschlandweit verbreitete Bettensteuer wäre eine Einnahmequelle für die Stadtkasse. So könnten brutale Einschränkungen auf dem Rücken der Kinder und des Schulpersonals abgemildert werden. Die Stadt hat deshalb Klage gegen den Freistaat eingereicht. Unterstützt wird sie dabei von anderen bayerischen Städten.

Das bayerische Sondergesetz für ein immerwährendes Hotelparadies muss zu Fall gebracht werden! ■mu

Anzeige

UZ
unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP

Sagen was ist!

Jetzt 6 Wochen kostenlos testen. Oder direkt abonnieren!

Tel.: 0201 177889-15
abo@unsere-zeit.de
www.unsere-zeit.de/abo/

Aufdrähl

Herausgeber:
DKP München & Gruppe KAZ
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes:
Jörg Högemann - Kellerstr. 28 - 81667 München

Druck: Eigendruck im Selbstverlag